

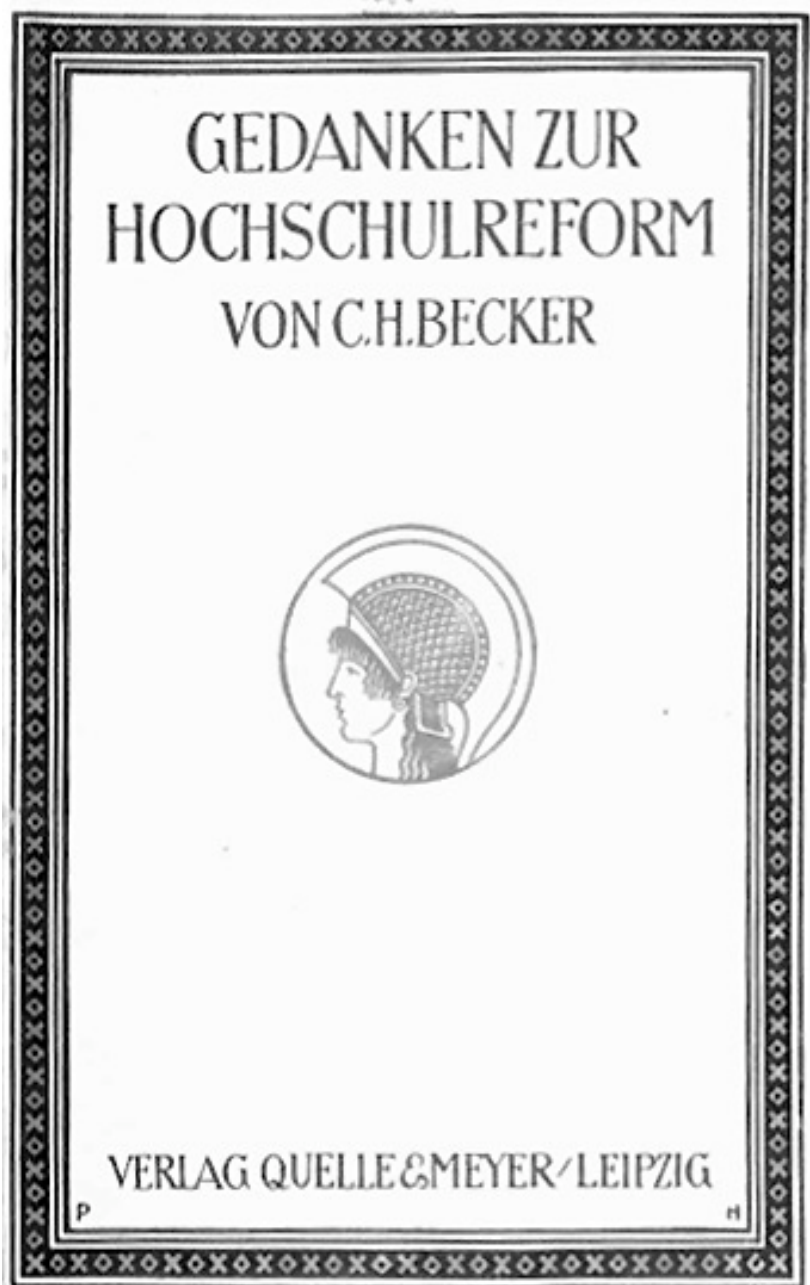
DAS INSTITUT FÜR POLITISCHE AUSLANDSKUNDE



**CARL HEINRICH
BECKER**

(1876–1933)

Quelle: Bundesarchiv



Titelseite von Beckers
programmatischer Schrift
zur Hochschulreform
von 1919. Zur Zeit der
Veröffentlichung war er
als Unterstaatssekretär
für den Kultusminister
Konrad Haenisch tätig.

Quelle: Universitätsbibliothek Leipzig

Schon im Ersten Weltkrieg sprachen sich Professoren unterschiedlicher Fachrichtungen in Denkschriften für eine verstärkte Beschäftigung mit anderen Staaten aus, u.a. Levin Ludwig Schücking und Richard Schmidt. Doch erst nach der Niederlage 1918 wurde die Umsetzung politisch in Angriff genommen. Der spätere Kultusminister Carl Heinrich Becker forderte 1919 die Etablierung neuer „synthetischer“ Fächer wie der Soziologie, Zeitgeschichte, Auslandsstudien und wissenschaftlichen Politik.

Am 18. Juni 1923 beantragte Richard Schmidt als Dekan der Juristenfakultät beim sächsischen Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts, ein Institut für politische Auslandskunde zu gründen. Dem Antrag wurde entsprochen und das Institut erhielt nach und nach Mittel und Räume.



Nach verschiedenen
Zwischenstationen
wurden ab 1927 im
Mauricianum Räume für
das Institut eingerichtet.

Quelle: Illustrierte Zeitung 1847

Erster Wissenschaftlicher Assistent am Institut sollte 1924 Staatswissenschaftler Hermann Heller werden. Da die Ausstattung allerdings zunächst sehr schlecht war und sich keine ausreichende materielle Absicherung erreichen ließ, wechselte er nach Berlin. Bezeichnenderweise wurde 1925 anstelle vom demokratisch orientierten Heller der überzeugte Nationalsozialist Paul Ritterbusch eingestellt, der dort rechtsphilosophisch-politische und vergleichende auslandskundliche Seminare anbot.



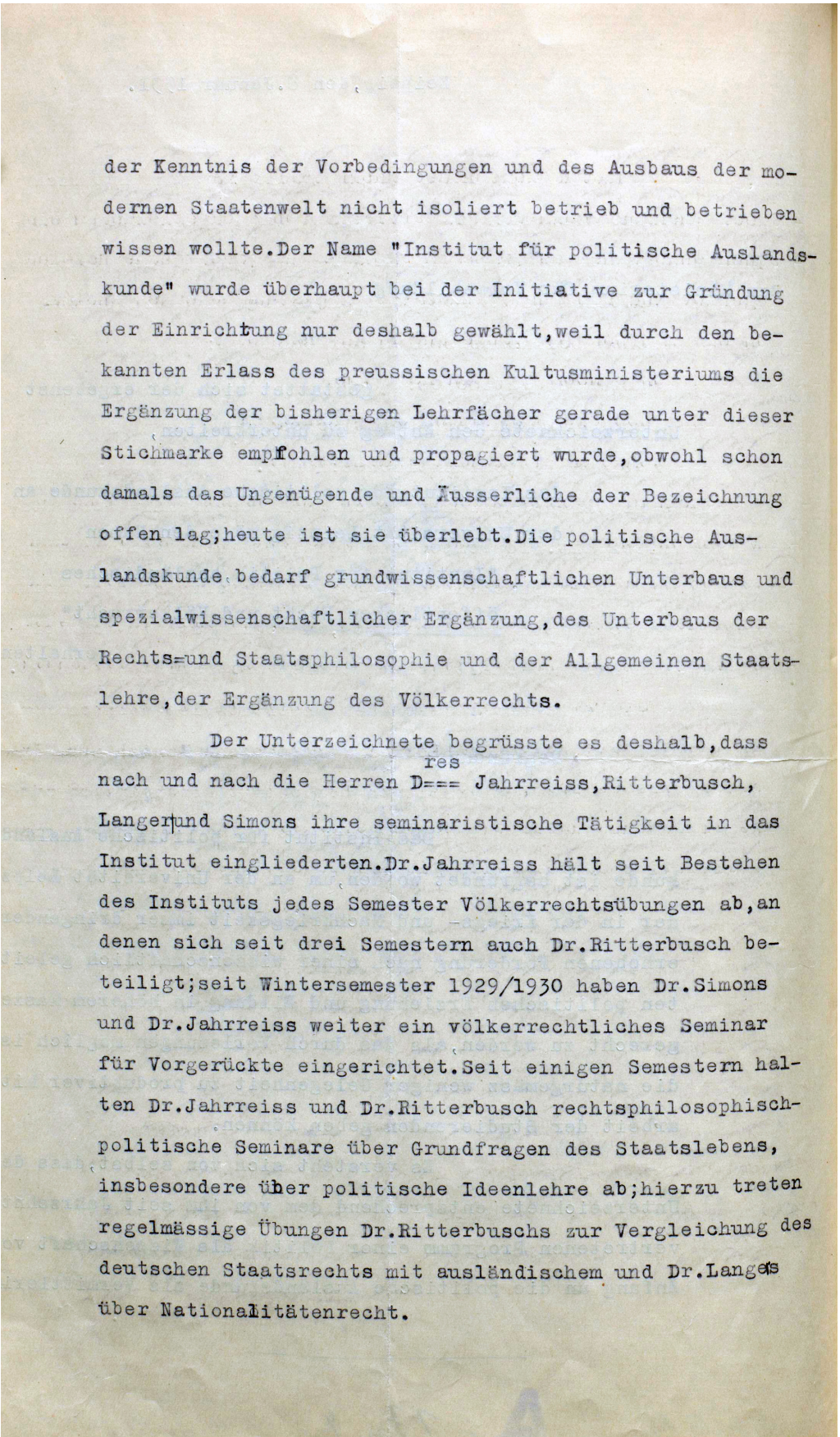
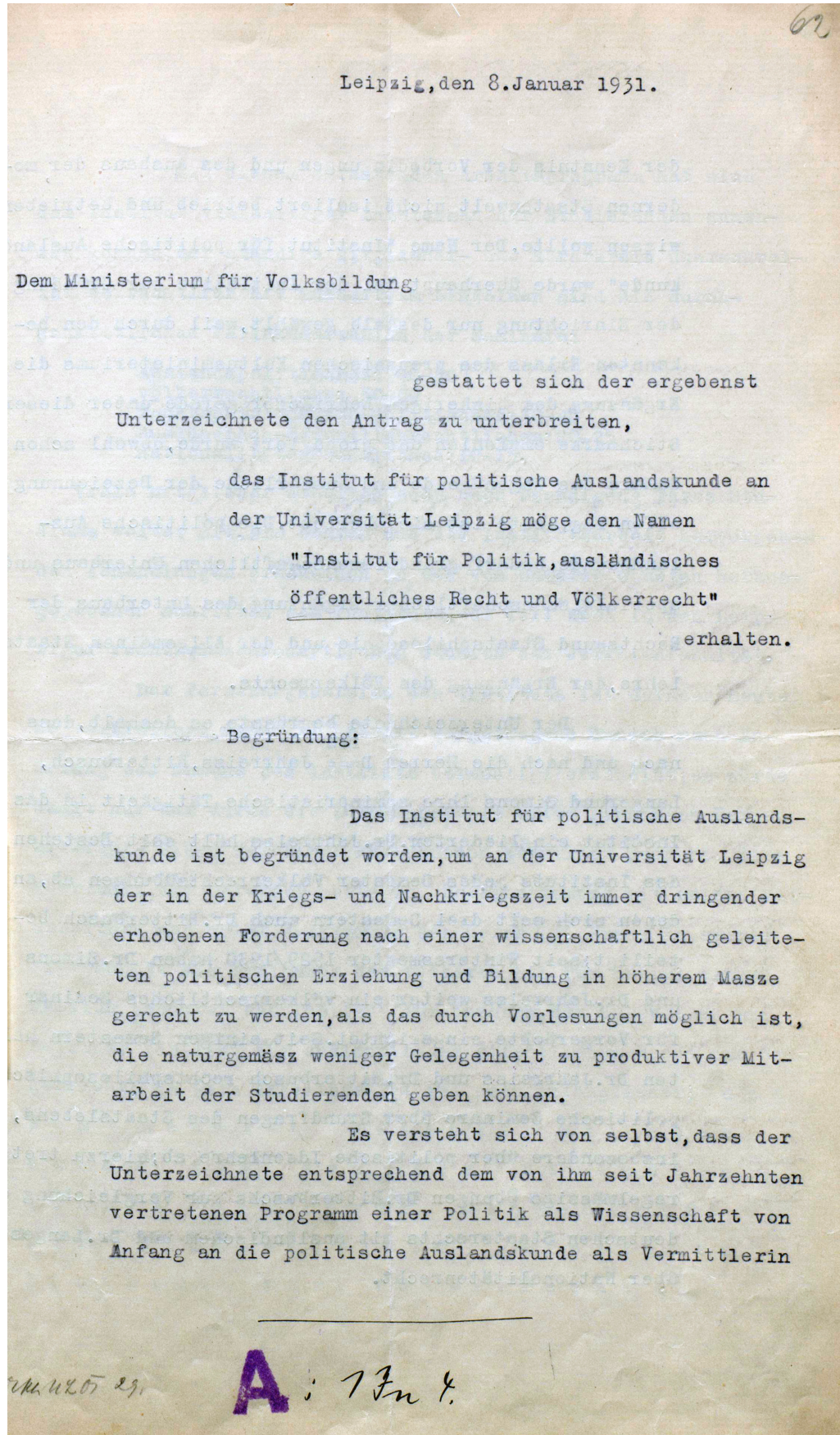
Quelle: Universität Kiel

Der Jurist Paul Wilhelm Heinrich Ritterbusch (1900–1945) war seit 1932 Mitglied der NSDAP und machte nach 1933 schnell Karriere: 1933 wurde er auf eine Professur nach Königsberg berufen, 1935 wechselte er nach Kiel. Von dort aus leitete er 1940–1944 den Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften, die sogenannte „Aktion Ritterbusch“.

Ritterbusch und weitere junge Dozenten entwickelten am Institut rege Forschungs- und Lehrtätigkeit. Seit 1927 gab Schmidt die „Abhandlungen des Instituts für politische Auslandskunde der Universität Leipzig“ heraus, in der die besten Arbeiten des Instituts veröffentlicht werden konnten.

Gleichzeitig stemmte sich Schmidt gegen eine Verengung der Arbeiten auf die Auslandskunde, ein Trend, der sich bei einer Vielzahl von neugegründeten Instituten zeigte. Im Februar 1931 genehmigte das Ministerium die Umbenennung in „Institut für Politik, ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“.

Nach der Machtübernahme 1933 verlor das Institut seine Anziehungskraft und die Tätigkeiten versandeten sukzessive. Formal bleibt es bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges bestehen.



Antragsschreiben von Schmidt an das Ministerium 1931

Quelle: Hauptstaatsarchiv Dresden